54. Jahrgang. № 272. Freitag, 1. Oktober 1909.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis morgens 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen an der Privatseite Zeile 50 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

**Tuchwaren.** Original englische Neuheiten. Feinste deutsche Qualitäten. **C. H. Hesse Nachf.,** 20 Marienstrasse 20.

Viele und prächtige **Neuheiten** in Kronleuchtern, Tischlampen etc.

**Ebeling & Croener,** Bankstrasse 11.

**Dresdner Entfettungs-Pastillen – Fucusin** von angenehmer, sicherer Wirkung. Glas 2 Mark. — Versand nach auswärts. — **Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.**

**Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner** Falkenstrasse 1–3 Hofgebäude. Fernsprecher 7359. **Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern** aller unscheinbar gewordenen Metallgegenstände für Haus und Herd, Sport etc.

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Die Stadtverordneten nahmen in ihrer gestrigen Sitzung zu der beantragten Ueberlassung des städtischen Landes an der Ostraallee an den Theaterverein zur Errichtung eines Schauspielhauses das Gutachten der vereinigten Ausschüsse einstimmig an und lehnten das Minderheitsgutachten ab.

Heute tritt der neue Straßenbahntarif und die neue Linienführung in Kraft.

Die letzte Besitzsteuer, der Scheck- und Quittungsstempel, tritt mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit.

Die deutsche Kronprinzessin wurde gestern abend glücklich entbunden.

Eine amtliche Erklärung der Regierung in bezug auf die neuerlichen Erörterungen zur Novemberkrise soll nicht erfolgen.

Der Bundesrat hat die Arbeiten für die Reichsversicherungsordnung wieder aufgenommen.

Im Reichsamt des Innern werden demnächst Verhandlungen über die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk stattfinden.

Gestern mittag lief das Linienschiff „Ersatz Oldenburg" in Wilhelmshaven vom Stapel; es erhielt den Namen „Ostfriesland".

In Charbin ist ein neuer Konflikt zwischen dem deutschen Konsul und der russischen Polizei eingetreten.

Die Hoffnung, daß die Audienz Kossuths die Lösung der ungarischen Ministerkrise fördern würde, ist in maßgebenden Kreisen fast ganz geschwunden.

Rußland errichtet ein ganzes Netz von Funkspruchstationen.

## Im Linksliberalismus

wird wieder „geeinigt". Die Sache hat aber nach wie vor ihren allem Anscheine nach recht widerstandsfähigen Haken und will nicht klappen, wie das Ergebnis der jüngst in München geführten Verhandlungen des Viererausschusses der linksliberalen Parteien deutlich erkennen läßt. Das einzige greifbare Resultat, das in München erzielt worden ist, besteht in dem Beschlusse, eine volle Verständigung zwischen den linksliberalen Parteien über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen herbeizuführen. Dieser „Einigungserfolg" ist um so bescheidener, als bisher außerhalb des Kreises der hier in Betracht kommenden Gruppen des bürgerlichen Radikalismus ziemlich allgemein die Ueberzeugung herrschte, daß das einheitliche Verfahren bei Wahlen zwischen der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen (Demokratischen) Volkspartei als Mindestmaß des Zusammenschlusses längst gesichert und außer Zweifel gestellt sei. Wenn aber die Harmonie unter den Vertretern des „unentwegten" Prinzips noch nicht einmal so weit gediehen ist, daß sie wenigstens in allen Wahlfragen fest zusammenstehen, sondern auch auf diesem Gebiete erst noch nach einem modus vivendi suchen müssen, dann läßt sich ohne weiteres ermessen, welche tiefgreifenden Schwierigkeiten der völligen Verschmelzung der drei Richtungen zu einer einheitlichen politischen Organisation noch immer im Wege stehen.

Obwohl der negative Charakter der Münchner Beratungen ganz den Eindruck erweckt, als sei die „linksliberale Einigung" abermals auf Nimmerpfingsten vertagt worden, bieten die Erörterungen im Viererausschuß sowohl wie die damit zusammenhängenden Auseinandersetzungen in der radikalen Presse doch genug allgemein interessante Momente, um ein näheres Eingehen darauf zu rechtfertigen. Vor allem hebt sich aus dem Rahmen der gesamten linksliberalen Einigungsbestrebungen die führende Stellung der Freisinnigen Volkspartei heraus, die vornehmlich durch die von dem Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen vertretene Forderung in die Erscheinung trat, daß die Verschmelzung nur zu geschehen habe durch die bedingungslose Angliederung der beiden kleineren Gruppen an die Freisinnige Volkspartei. Dieser Standpunkt der zweifellos ausschlaggebenden Gruppe des Freisinns fand aber bei den anderen Beteiligten keine Gegenliebe. Die Freisinnige Vereinigung wäre zwar noch eher bereit, einer Preisgabe ihrer Eigenexistenz zugunsten der Freisinnigen Volkspartei zuzustimmen, aber die süddeutschen Demokraten wollen davon schlechterdings nichts wissen, sondern sind im Gegenteil im Begriffe, ihre eigene Organisation noch weiter auszubauen. In der süddeutschen Presse wird sogar der diametrale Gegenvorschlag gemacht, auch die Freisinnige Volkspartei gänzlich aufzulösen und unter dem Namen „Fortschrittliche Volkspartei" eine neue Organisation zu gründen, in der den demokratischen Elementen, wie sie im Süden unseres Vaterlandes im bürgerlichen Radikalismus vorwiegend zu finden sind, die Vorherrschaft gesichert werden soll. Die Wahl des Namens für diese neu in Aussicht genommene Partei ist bezeichnend, weil darin die vielfach in linksliberalen Kreisen verbreitete Abneigung gegen den Freisinn zum Ausdruck kommt, der durch das ihm anhaftende Odium der spezifischen Vertretung der börsenkapitalistischen Interessen längst jede Spur von wirklicher Volkstümlichkeit eingebüßt hat.

So stehen sich also die Meinungen im Linksliberalismus wieder in alter Schärfe gegenüber, und das Werk der Verschmelzung der drei Gruppen dieses Bekenntnisses, das in der letzten Zeit eine aussichtsvolle Förderung erfahren zu haben schien, steht der Verwirklichung genau so fern, wie damals, als noch Herr Dr. Theodor Barth und seine Getreuen durch ihre langatmigen, in bestimmten Zwischenräumen gleichmäßig wiederholten Tiraden über die „große gesamtliberale Partei" für die allgemeine Erheiterung zu sorgen pflegten. An dem nebensächlichen Umstande, daß der Begriff des Gesamtliberalismus notwendig die Einbeziehung der größten und einflußreichsten Gruppe, des gemäßigten Liberalismus, erfordert, stießen sich die Barthmänner nicht; für ihren engen doktrinären Horizont hatte nur der Radikalismus alleinseligmachende Kraft, und so waren ihnen die Nationalliberalen nur unter der Bedingung willkommen, daß sie sich gründlich im radikalen Sinne häuteten und sich feierlich von ihrer gemäßigten Tendenz lossagten. In diesem Punkte sind zwar die linksliberalen Epigonen etwas verständiger geworden, insofern als sie den Widersinn einer „gesamtliberalen" Einigung ohne die Nationalliberalen eingesehen und dem Kinde einen anderen, weniger volltönenden Namen gegeben haben. Gleichwohl zeugt die grundsätzliche Haltung, welche die heutigen linksliberalen Gruppen gegenüber dem gemäßigten Liberalismus einnehmen, immer noch von der Unfähigkeit, das Wesen und den Wert eines guten nachbarlichen Einvernehmens mit den Nationalliberalen richtig zu erfassen. Nur die freisinnige Volkspartei verfügt auch in diesem Punkte über eine höhere Einsicht, die sich durch den in München gestellten Antrag bekundete, eine taktische Verständigung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft mit der nationalliberalen Partei über wichtige parlamentarische Fragen und über die nächsten Wahlen unverzüglich anzubahnen. Ueber das Schicksal, das der Antrag gehabt hat, schweigt des Sängers Höflichkeit. Er wird also wohl ohne viel Federlesens in die Wolfsschlucht gestürzt worden sein. Das ist um so wahrscheinlicher, als gerade die süddeutsche Demokratie dem Nationalliberalismus gegenüber stark aggressiv gesinnt ist und offensichtlich darauf ausgeht, mit Hilfe der jungliberalen Elemente in die nationalliberale Partei einen Keil zu treiben und ihren eigenen Einfluß auf dem so gewonnenen Terrain zum herrschenden zu machen. Welche Folgen dieses ganz planmäßig und zielbewußt betriebene Vorgehen zu zeitigen vermag, beweist die gegenwärtige Krisis im bayrischen Liberalismus. Dort ist bekanntlich der langjährige bewährte liberale Führer Dr. Casselmann durch einen aus völlig unzulänglichen sachlichen Gründen gegen ihn in Szene gesetzten „Entrüstungssturm" der Jungliberalen von der politischen Bühne hinweggeärgert worden. Er ist aber nicht gegangen, ohne den jungliberalen Heißspornen noch einmal tüchtig ins Gewissen zu reden und ihnen zuzurufen, was sie am liberalen Einigungsgedanken gesündigt hätten, gehe über alles Erlaubte; sie hätten eine Katastrophe heraufbeschworen, von der man nicht wisse, ob sie überhaupt noch aufgehalten werden könne. Man sieht also, was bei den radikalen Versuchen, die Vertreter des liberalen Prinzips unter einen Hut zu bringen, herauskommt. Der Hut soll durchaus nur der Form des eigensinnigen Kopfes der extremen Elemente angepaßt sein und den gemäßigten Liberalen mit Gewalt aufgestülpt werden, mag er ihnen passen oder nicht. Mit einem solchen wilden Draufgängertum ist in der praktischen Politik, in der sich alles um die Erreichung des Möglichen dreht, nichts auszurichten. Der gemäßigte Liberalismus muß im Interesse seiner Selbsterhaltung darauf bedacht sein, nicht nur jede Gemeinschaft mit den außerhalb seiner Reihen stehenden linksliberalen Gruppen abzulehnen, solange sie radikalen Utopien nachjagen, sondern auch den extremeren Elementen im eigenen Lager eine feste Grenzlinie zu ziehen, über die hinaus für diese die Möglichkeit, der nationalliberalen Partei anzugehören, fortfällt.

Nicht minder verhängnisvoll, wie die Stellungnahme zum Nationalliberalismus, ist für die liberale Einigungssache die scheinbar nicht auszurottende Neigung des Radikalismus, mit der Sozialdemokratie zu liebäugeln. Allein die Freisinnige Volkspartei hat alle Brücken zur Partei des Umsturzes hinüber abgebrochen und unzweideutig gegen die Feinde der bestehenden Ordnung Front gemacht. Die übrigen linksliberalen Gruppen dagegen sind in diesem Punkte noch immer recht unsichere Kantonisten. So rauscht es jetzt wieder im süddeutschen demokratischen Blätterwalde von allerlei Andeutungen darüber, daß nach dem Beschlusse des Leipziger roten Konzils über die Haltung gegenüber dem Liberalismus eine Aenderung der sozialdemokratischen Taktik zu gewärtigen sei und daß deshalb die Frage der Stellungnahme zur Sozialdemokratie auf liberaler Seite „nicht übertrieben gewertet werden dürfe". Gleichzeitig kommt dabei der Pferdefuß zum Vorschein in Gestalt des Hinweises darauf, daß „der Hauptfeind rechts stehe"; darüber könne nach den Kämpfen über die Reichsfinanzreform „keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen". Da liegt also der Hase im Pfeffer: die „Reaktion" spukt wieder in den radikalen Köpfen, und diese fixe Idee macht sie unvermögend, den alten Ballast vermoderter Vorurteile abzuwerfen und sich einer vernünftigen, positiven Realpolitik zuzuwenden. Solange dieser Zustand der politischen Benommenheit auf linksliberaler Seite andauert, wird auch die „Einigung" beharrlich auf dem alten Flecke stehen bleiben.

Naumann's Nähmaschinen Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 30. September.

**Zum Ableben des Staatsministers a. D. von Hohenthal.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Blätter widmen dem verstorbenen sächsischen Staatsminister Grafen von Hohenthal sympathische Nachrufe. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, daß der Verewigte nach seiner fast 21jährigen Wirksamkeit als Gesandter am Berliner Hofe und Bundesbevollmächtigter das freundlichste und beste Andenken an seine ersprießliche amtliche Tätigkeit, wie an sein persönliches Auftreten, hinterlassen habe. — Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: „Mit ihm ist ein Mann geschieden, der auch den politischen Gegnern Achtung und Verehrung abzwang. Lange Zeit hat er als sächsischer Gesandter am Berliner Hof gewirkt. Das war für ihn eine glückliche Zeit. Er fand wenig Widerstand und hatte wohl kaum einen Feind. Seine Wirksamkeit war erfolgreich und wurde allgemein anerkannt. Die Beziehungen der beiden Königreiche waren immer ausgezeichnet. Es gelang dem Gesandten, kleine Mißhelligkeiten, die ja nirgends ausbleiben, im Keim zu ersticken. Graf von Hohenthal war überall ungemein beliebt. Seine ruhige, schlichte, wohlwollende Freundlichkeit gewann ihm die Herzen. Da berief ihn sein König aus dem ruhigen und befriedigenden Wirkungskreis in das Ministerium des Innern mit der vornehmlichen Aufgabe, die geplante Wahlreform zu Ende zu führen. Graf von Hohenthal wußte, daß er eine schwere Bürde übernehmen mußte. Trotzdem glaubte er, sich seinem Könige und seinem sächsischen Vaterlande nicht versagen zu sollen. Er hat damit ein Opfer gebracht, das nimmer vergessen werden darf. In dem neuen Amt und in der neuen Arbeit hat er sich aufgerieben, mag er auch den ersten Keim zu seinem Leiden aus Berlin mitgebracht haben." Das Blatt führt dann aus, daß es mit seiner Wahlrechtsvorlage und seiner Stellung zur Sozialdemokratie nicht einverstanden war und schließt: „Trotz aller dieser Gegensätze in den Anschauungen haben wir der Persönlichkeit des Grafen von Hohenthal immer warme, herzliche und aufrichtige Anerkennung gezollt. Die Geschichte wird ihn einst unter den besten Männern und den treuesten Dienern des sächsischen Königshauses nennen."

**Die Reichsversicherungsordnung.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat die Arbeiten für die Reichsversicherungsordnung bereits seit einiger Zeit wieder aufgenommen. Augenblicklich ist eine besondere Kommission des Bundesrates u. a. damit beschäftigt, die Gesamtvorlage auf Klarheit der Ausdrucksweise zu prüfen. Die verbündeten Regierungen wünschen, daß die Reichsversicherungsordnung in eine volkstümliche und gemeinverständliche Form gesetzt wird und daß sie tunlichst frei von allen Wendungen bleibt, die als sogenanntes Juristendeutsch gelten. In der Presse sind mehrfach außerordentlich hohe Summen genannt worden, die die Errichtung und Unterhaltung der sogenannten Versicherungsämter, des Unterbaues der Behördenorganisation für die Arbeiterversicherung, wie sie die Reichsversicherungsordnung vorsieht, erfordern sollen. Demgegenüber wird festgestellt, daß schon die Vorlage der Reichsregierung die Befugnisse der Versicherungsämter so geregelt hatte, daß ihre Kosten durchaus erträgliche Grenzen nicht übersteigen konnten. Nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen des Bundesrats über die Reichsversicherungsordnung darf damit gerechnet werden, daß eine Reihe von Befugnissen, die der Entwurf den Versicherungsämtern zudachte, den Versicherungsträgern überlassen wird, was im Sinne einer Verminderung der Kosten der Versicherungsämter wirken würde.

**Zu Bülows Sturz.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie die „Berl. B.-Ztg." von zuverlässiger Seite hört, wird eine amtliche Erklärung der Regierung in bezug auf die neuerlichen Erörterungen zur Novemberkrise nicht erfolgen. Seinerzeit habe die „Nordd. Allgem. Ztg." den Tatbestand offiziell festgestellt, und es sei nicht üblich, einmal publizierte öffentliche

SLUB Wir führen Wissen.